



Atombomben oder Soziale Verteidigung? Zur Diskussion um eine „europäische Atombombe“

Foto links: Demo gegen Aufrüstung 2022.
© Martin Heinlein
(Die Linke), CC BY 2.0 DEED

Foto rechts: Demo in Berlin gegen den Ukraine-Krieg 2023.
© Matthias Berg,
CC BY-NC-ND 2.0 DEED

Mit der Infragestellung der Beistandsverpflichtung der NATO durch den früheren und vielleicht künftigen US-Präsidenten Trump wurden Forderungen nach einer europäischen oder deutschen Atombewaffnung erhoben. Denn es sei nicht glaubwürdig, dass ein Land seine Zerstörung riskieren würde zur Verteidigung anderer Länder, weder die USA für Europa noch Frankreich oder Großbritannien für andere europäische Staaten.

Diese Forderungen sind mit dem naiven Glauben verbunden, Atombomben würden grundsätzlich vor Krieg und Zerstörung schützen. Dabei sind sie vor allem eine ständige Bedrohung, die Menschheit in einem atomaren Inferno umzubringen, was jederzeit allein schon durch einen Computerfehler ausgelöst werden kann. Und die Gefahr eines Atomkriegs wird nicht dadurch geringer, dass mehr Länder Zugriff auf diese Bomben haben. Zudem liegt der Einsatzbefehl in der Hand weniger Präsident*innen, vielleicht in Zukunft wieder Trump oder einer Frau Le Pen in Frankreich und jetzt schon Putin oder Kim in Nordkorea.

Gerade die Angst vor Putin führt zu diesem Tunnelblick, der sich in unrealistischen Allmachtsphantasien auf Atombomben verengt. Soll denn Frau von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission den roten Knopf einer europäischen Bombe drücken, oder soll der Einsatzkoffer von einem Land zum anderen wandern? Oder soll Bundeskanzler Scholz über deutsche Atombomben verfügen?

Claudia Major und Liviu Horowitz von der Stiftung Wissenschaft und Politik, die Bundestag und -regierung in sicherheitspolitischen Fragen berät, beschrieben die Problematik im Dezember 2023: „Um die eigene Bombe zu bauen, würde Deutschland aus dem Atomwaffensperrvertrag austreten, den es bislang unterstützt. Das hat bislang nur Nordkorea gemacht. Berlin würde so nicht nur zu einem Paria, sondern zu einer Bedrohung für Europa“. (1) Und sie erläutern weiter: „Wie würde z.B. Russland reagieren? Das Proliferationsrisiko, also dass Staaten nach eigenen Atomwaffen als ultimative Lebensversicherung greifen,



Autor:
ULRICH STADTMANN
ist Mitglied im Kreistag von Minden-Lübbecke und Vorstandsmitglied im Bund für Soziale Verteidigung.



Foto links: Blumen vor dem Friedenspalast in Den Haag.
© Roel Wijnants,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts: Büchel17 beim "Atomwaffenfreien Picknick" im "Zivilen Sicherheitsbereich" zwischen zwei Umzäunungen des Atomwaffenstandorts Büchel, 30.4.2019.
© Büchel17,
Stefanie Intveen,
CC BY 2.0 DEED

würde steigen. Denn wenn sich Deutschland die Bombe holt – warum dann nicht auch andere? Eine nuklearisierte Welt wäre nicht nur instabil und gefährlich, sondern auch konfrontativer.“ Zudem warnten sie, dass Russland dadurch „zu einem Präventivschlag gegen Deutschland verleitet“ werden könnte. Sie plädierten für ein Festhalten am amerikanischen Nuklearschirm in Europa und brachten zugleich ein Gegenargument: „Wenn Washington auch nur ein Element infrage stellt, ob das politische Versprechen, die konventionellen oder die nuklearen Beiträge, dann steht alles infrage. Und dafür müssen die USA die Nato nicht verlassen. Es reicht, wenn ein erratisch-selektiver Präsident Trump den Artikel 5 politisch infrage stellt oder mit Bedingungen verknüpft, etwa: Nur wer zahlt, wird verteidigt. Allein der Zweifel, ob die USA es noch ernst meinen, würde die Beistandsklausel unterminieren.“

Europa kann militärisch nicht verteidigt werden

Da nun Herr Trump im Februar 2024 bestätigt hat, genau so vorgehen zu wollen, ist die Illusion einer sicheren Abschreckung offenkundig. Und damit gilt letztlich die Feststellung von Major und Horowitz, dass sich Europa „in einem regionalen Krieg ohne die USA nicht verteidigen“ kann. Ergänzen sollte man noch, dass jegliche militärische Kriegsführung, ob konventionell oder atomar, in einem hochtechnisierten und dicht bevölkerten Land wie Deutschland oder seinen Nachbarn, nur um den Preis seiner Selbstzerstörung möglich ist. Die Vorbereitung einer nicht-militärischen Sozialen Verteidigung würde hingegen der Bevölkerung mehr Schutz geben als eine illusorische militärische Verteidigung, die im Inferno oder der Kapitulation endet.

Ob mit oder ohne die USA wirkt die Vorstellung eines Krieges in den europäischen NATO-Staaten gegen Russland vor allem abschreckend auf die eigene Bevölkerung. Auch ohne die Aussicht auf ein atomares Schlachtfeld in Europa könnte allein eine drohende Ausweitung des Krieges in der Ukraine auf NATO-Länder dazu führen, dass in Deutschland die AfD weiteren Zulauf erfährt und zur stärksten Fraktion in den Parlamenten wird. Schon jetzt besteht die weitverbreitete Sorge vor einer rechtsextremistischen Machtergreifung. Allein deshalb sollte die Zivilgesellschaft damit beginnen zu überlegen, wie sie sich mit Sozialer Verteidigung gegen die Zerstörung der Demokratie schützen will.